

# Diese Musikschulen wollen fusionieren

Weil Musikschulen nächstes Schuljahr mehr Fachbelegungen vorweisen müssen, schliessen sich im Kanton Luzern mehrere zusammen.

Fabienne Mühlemann

Bis zum Schuljahr 2022/23 müssen die Musikschulen im Kanton Luzern statt der bisherigen 200 Fachbelegungen neu eine Minimalgrösse von 500 Fachbelegungen aufweisen, um weiterhin von Beiträgen zu profitieren (wir berichteten). Zurzeit beteiligt sich der Kanton mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Beitrag von 1075 Franken pro Fachbelegung an den Kosten der Musikschulen. Besucht eine Schülerin oder ein Schüler beispielsweise Klavier- und Gesangsunterricht, ergibt dies zwei Fachbelegungen.

Als Folge der Aufgaben- und Finanzreform soll es künftig nur noch 20 Musikschulen geben. Im aktuellen Schuljahr sind es im Kanton Luzern 30 Musikschulen. Kleinere Schulen sind also zum Handeln gezwungen.

Zum Teil sind die Planungsarbeiten für Fusionen schon weit fortgeschritten: Im oberen Wiggertal planen die Musikschule Pfaffnau-Roggiswil-St. Urban, die regionale Musikschule Reiden sowie die Musikschule Wiggertal-Hürntal eine gemeinsame Zukunft. Die Musikschulen der Gemeinden Nottwil, Hildisrieden und Rain schliessen sich voraussichtlich der Musikschule Oberer Seepachersee an. Weiter ist geplant, dass sich die Musikschule Triengen Richtung Michelsamt orientiert. Im Hinterland werden voraussichtlich die Musikschulen Hergiswil-Menznau, Region Schötz und Luzerner Hinterland mit der Musikschule Region Willisau fusionieren.

## Grosser Zusammenschluss im Hinterland

Pirmin Hodel, Beauftragter der Musikschulen im Kanton Luzern, sieht die Umsetzung auf gutem Weg. Ihm sei bis auf eine Ausnahme keine Musikschule



Die Lernenden sollen in der Musikschule von den geplanten Zusammenschlüssen nicht viel spüren.

Symbolbild: Benjamin Manser

bekannt, welche künftig zu klein sein werde: Die Musikschule der Seegemeinden Weggis, Vitznau und Greppen erreiche die erforderliche Anzahl Fachbelegungen nicht ganz. Aufgrund von «geografischen, strukturellen beziehungsweise organisatorischen Gründen» sei ein entsprechendes Gesuch bereits bewilligt worden, so Hodel.

Damit die geplanten Fusionen Tatsache werden, muss das Stimmvolk der anschliessenden Gemeinden seine Zustimmung geben, so zum Beispiel beim grossen Zusammenschluss von vier Musikschulen im Hinter-

«Es soll ein Miteinander werden. Daher wurden alle Gemeinden von Anfang an einbezogen.»

Irma Schwegler  
Präsidentin Musikschule  
Region Willisau

land. Involviert sind insgesamt zehn Gemeinden, welche zwischen Ende November und Mitte Dezember abstimmen lassen. «Vor der Abstimmung wurden die Statuten und das Reglement den Gemeinden zur Vernehmlassung zugestellt. Nun entscheiden die Bürgerinnen und Bürger jeder Gemeinde, ob ihre Musikschule sich jener der Region Willisau anschliessen will», erklärt Irma Schwegler, Präsidentin der Musikschule Region Willisau.

Sie blickt dem Zusammenschluss sehr positiv entgegen. «Wir hatten mit einigen Musik-

schulen schon vorher Kontakt, durch die neuen Vorgaben macht eine Fusion durchaus Sinn.» Damit werde eine grosse Musikschule geschaffen, wodurch man zu einem attraktiven Arbeitgeber werde. «Lehrkräfte können nun mit grösseren Unterrichtspensen rechnen. Damit reduzieren sich ihre Mehrfachanstellungen, welche sehr zeitaufwendig sind.» Durch den grossen Zusammenschluss werde sich allerdings auch die Koordination innerhalb der Musikschule etwas verändern, da mehr Personen Mitspracherecht hätten.

Ideal sei, wenn die Lernenden von der Umstrukturierung nichts merken. «Der Unterricht und auch Konzerte werden immer noch in den Dörfern stattfinden», sagt Schwegler. Hingegen werde das Angebot grösser. «So kann auch Unterricht für speziellere Instrumente angeboten werden, und es gibt mehr Ensembles, denen sie sich anschliessen können. In diesen Fällen kann es jedoch vorkommen, dass die Lernenden ein paar Dörfer weiter reisen müssen.»

## Das Angebot für Lernende wird grösser

Sie betont, dass Willisau den anderen Musikschulen nicht dirigieren wolle, was sie zu tun haben, wie einige Gemeinden zu Beginn befürchteten. «Es soll ein Miteinander werden. Daher wurden alle Gemeinden von Anfang an einbezogen», so die Willisauer Stadträtin.

Gemäss Ursin Villiger, Verbandspräsident der Musikschulen Kanton Luzern, wurden die kantonalen Vorgaben mehrheitlich gut akzeptiert. Der Verband habe nur wenige Anfragen erhalten. «Natürlich ist die Verankerung der Musikschulauftritte und des Unterrichts vor Ort sehr wichtig. Andererseits bringt eine Vereinheitlichung des Fächerangebots, von Tarifen und dem Anmeldeprozess eine grössere Effizienz und Wirtschaftlichkeit in der Administration und der Musikschulleitung», so der Rektor der Musikschule Kriens.

Auch er betont, dass Lehrpersonen mittel- und langfristig von grösseren Unterrichtspensen profitieren können. «Und Ensembles wie Jugendmusikern, Streichorchester oder Jugendchöre können sich zusammenschliessen und sich in einer grösseren Formation an einem vielfältigeren Klang und erweiterter Literatur erfreuen.»

# 60-Jährigem drohen fünf Jahre Haft

In einer Luzerner Landgemeinde soll sich ein Mann an der Tochter seiner Lebenspartnerin vergriffen haben.

«Das ist alles erfunden. So etwas würde mir nicht im Traum einfallen. Ich sagte dem Kind gute Nacht, wie wenn es mein eigenes gewesen wäre.» Der Beschuldigte beantwortete die Fragen bei der Verhandlung von gestern am Luzerner Kriminalgericht ausführlich. Der heute 60-jährige Schweizer wird beschuldigt, zwischen Januar 2004 bis Ende 2010 im Kinderzimmer seiner Wohnung sexuelle Handlungen an der damals minderjährigen Tochter seiner Lebenspartnerin vorgenommen zu haben. Darum soll er ins Gefängnis.

Die Luzerner Staatsanwaltschaft beantragt unter anderem für mehrfache sexuelle Handlungen mit einem Kind, mehrfache verbotene Pornografie und sexuelle Nötigung eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Der Beschuldigte bestreitet die

Vorwürfe. Mit seiner Partnerin, die sexuell hyperaktiv gewesen sei, habe er genug Befriedigung bekommen. Er habe es nicht nötig gehabt, seine Bedürfnisse anderweitig zu stillen, mit einem Kind schon gar nicht. Doch genau dieses Kind hat vor rund zwei Jahren einen anonymen Brief an die Luzerner Polizei verfasst, in dem sie besagte Vorwürfe gegen den Angeklagten erhebt.

## Dateien mit Kindern, Tieren und Gewalt

Bei der Festnahme des Beschuldigten fanden die Behörden verbotenes Pornomaterial auf einem PC und einem Laptop. Es handelte sich um Bilder und Videos mit Tieren, Kindern und Gewaltscenen. Für den Staatsanwalt steht fest: «Die Auswertung der IT hat die Sexfantasien des Beschuldigten zutage ge-

fördert.» Zudem wurden im Internetverlauf und bei Suchanfragen auf mehreren Plattformen Begriffe wie «horseporn» oder «sexychilds» festgestellt. Der Beschuldigte erklärte, er habe manche Seiten aus Neugier gesucht, weil er mit Arbeitskollegen über einen Zeitungsartikel zum Thema «Neigung von älteren Männern zu jungen Frauen» diskutiert habe. Er behauptete auch, dass sein PC von russischen Hackern manipuliert worden sei und er nicht wisse, wie einige Dateien den Weg auf sein Gerät gefunden hätten.

Die Vorwürfe der jahrelangen sexuellen Handlungen an der Tochter seiner Partnerin wurden erst erhoben, nachdem der Brief an die Polizei die Sache ins Rollen gebracht hatte. Der Staatsanwalt schilderte, dass der jungen Frau bei einem

zufälligen Treffen mit dem Beschuldigten in einem Einkaufszentrum alles wieder hochgekommen sei.

Der Polizei und der Staatsanwaltschaft habe die heute 26-jährige Frau die sexuellen Handlungen, die sie während sieben Jahren drei bis vier mal pro Woche erdulden musste, «detailliert und plausibel geschildert». Es habe Jahre gebraucht, bis sie sich habe durchringen können, das Erlebte zu schildern.

## Anschuldigungen ein Konstrukt?

Der Verteidiger warf der Anklage vor, ein düsteres Bild des Beschuldigten zu malen. «Es gibt keine handfesten Beweise für sexuelle Handlungen. Hier handelt es sich um ein Vier-Augen-Delikt.» Die Anschuldigung gegen seinen Mandanten seien

haltlos: «Sie sind ein Konstrukt der Gedanken. Die Frau stellt sich sexuellen Missbrauch so vor, wie sie es den Behörden geschildert hat.»

Womöglich habe sie die Aussage einer Bewohnerin in einem Heim, in dem sie während zweier Jahre untergebracht war, auf sich gemünzt. «Diese erzählte, wie sie von ihrem Vater sexuell missbraucht wurde.» Der Verteidiger beantragte, den Beschuldigten vom Vorwurf der sexuellen Handlungen freizusprechen. Für Pornografie sei eine bedingte Geldstrafe von 160 Tagessätzen zu verhängen. Der Beschuldigte sagte zum Schluss: «Was soll ich etwas zugeben, wenn doch nichts war.» Das Urteil wird den Parteien schriftlich zugestellt.

Roger Rügger

## Barrierefreie Bushaltestellen

Sursee Der Stadtrat will die Strasse beim Oberen Graben zwischen Märtplatz und der Surseer Altstadt «neu gestalten und sicherer machen». Das schreibt er in einer Mitteilung. So seien die Randabschlüsse etwa beschädigt und die geringen Anschlagshöhen böten Passantinnen und Passanten nur ungenügend Schutz. «Zudem müssen die Bushaltestellen behindertengerecht umgebaut werden», heisst es weiter. Für die umfassende Sanierung seien 2,9 Millionen Franken nötig, die Bauarbeiten sollen von Frühling 2022 bis Anfang 2023 dauern.

Über den entsprechenden Sonderkredit entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Gemeindeversammlung vom 13. Dezember. Weiter befinden sie da auch über das Budget 2022 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2022-2025. (lf)